

Stellungnahme der Fraktion

„Die Bürgerliste“ zur Haushaltssatzung 2021

„Es gilt das gesprochene Wort“

Sperrfrist zur Veröffentlichung bis zum Ende der Rede!

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Arnold,
sehr geehrte Herren Bürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates,
sehr geehrte Anwesende,

Sie haben, Herr Oberbürgermeister Arnold, Ihrer Rede zur Einbringung des Haushaltes 2021 einige Zitate von Heribert Prantl vorangestellt, der unter anderem sagte,

jetzt verordnen wird die soziale Distanz, dies geschieht mit einer Rigorosität, die ich für gefährlich halte, was wir brauchen, ist nicht noch mehr Härte beim Lockdown, sondern mehr Differenzierung ... es geht um Maß und Verhältnismäßigkeit.

Diese sicherlich ausgewogenen Zitate erreichen uns zu einem Zeitpunkt, in dem begründete Hoffnung dafür besteht, dass unsere Gesellschaft Schritt für Schritt aus dieser von Heribert Prantl angesprochenen sozialen Distanz hinausfindet, in dem weitgehend verlässliche Schnelltests und in immer höheren Maße durchgeführte Impfungen unsere Bürger aus dem „tiefen Winterschlaf“ führen, in den uns der Corona-Virus geführt hat.

Wir müssen allerdings auch davon ausgehen, dass ein erheblicher Teil unserer Gewerbetreibenden aus diesem „Winterschlaf“ nicht mehr erwachen werden, ebenso ein erheblicher Teil noch geraume Zeit trotz staatlicher Hilfeleistungen benötigen wird, um an ihr früheres wirtschaftliches Niveau wieder anschließen zu können.

Vor diesem Hintergrund begrüßt unsere Fraktion ausdrücklich die Bemühungen des Handels- und Gewerbevereines, die insbesondere auch darauf abzielen, die Gmünder Geschäftswelt digital sichtbar zu machen.

Wenn sich schon nicht vermeiden lässt, dass Gmünder Bürger digital einkaufen, dann sollen sie den Gmünder Händler und Gewerbetreibenden vor Amazon den Vorzug geben, die ihrerseits ebenfalls online präsent sind.

Wir begrüßen daher ausdrücklich die Initiative

„Hallo Ostalb“,

die seitens des HGV in die Wege geleitet wurde.

Auch der „Gmünder Innenstadtgipfel“ ist eine wichtige Einrichtung, um einen Austausch der Gewerbetreibenden mit Vertretern des HGV, von Pro Gmünd sowie den Seitengässlern und auch der Hotellerie zu ermöglichen.

Wichtig ist allerdings, dass dieser Austausch kontinuierlich stattfindet und nicht bei einer Rückkehr zu der sogenannten „Normalität“ wieder einschläft, denn der Onlinehandel bleibt eine Realität in unserer Geschäftswelt, die von Handel und Gewerbe auch zukünftig weiterhin erhebliche Anstrengungen fordert, um die Bindung der ortsansässigen Kundschaft zu stabilisieren.

Auch ein wichtiger Beitrag für die Belebung der Kundennachfrage stellt die Renaissance des GD-Chips her.

Die Wertsteigerung von 50 Cent auf 1 Euro ist gerade im Hinblick auf die erheblichen Parkgebühren in unserer Stadt, die deutlich über den vergleichbarer Nachbarstädte liegen, unbedingt geboten.

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang, Herr Oberbürgermeister, noch die Auffassung unserer Fraktion zu der viel diskutierten

Ansiedlung eines Verteilerzentrums von Amazon in einem Gewerbegebiet erläutern.

Die Gmünder Weststadt und Bettringen sind Schwerpunkte von Amazon-Lieferung in unserer Stadt.

Genauso ist aber festzustellen, dass sich so mancher Gewerbetreibender in Schwäbisch Gmünd auch der internationalen Amazon-Logistik bedient, um seine Produkte abzusetzen.

Wir sind der Überzeugung, dass die sehr kontrovers diskutierte Standortfrage keine Auswirkungen auf das Verhalten der Amazon-Kunden haben wird.

Denen ist es schlichtweg egal, ob sie ihre Ware von einem Verteilerzentrum aus Plüderhausen oder Essingen oder wer weiß woher immer erhalten werden.

Wenn aber die Entscheidung gegen eine Ansiedlung von Amazon keinen wirtschaftlichen Vorteil für unseren lokalen und örtlichen Handel bringt, so ist mit dieser Ablehnung kein Schutz für unsere Handels- und Gewerbetreibenden verbunden.

Dann müssen wir uns aber seitens des Gemeinderates ernsthaft die Frage stellen, ob wir nicht die mit einer Ansiedlung von Amazon verbundenen Arbeitsplätze in einer Zeit unserer Stadt dringend benötigen, in der aufgrund der Transformation der Automobilindustrie die Arbeitslosigkeit unserer Stadt erheblich ansteigen wird.

Die wirtschaftliche Konsequenz des durch Corona bedingten Lockdowns wird unsere Stadt insbesondere dann noch deutlich zu spüren bekommen, wenn die Zahlung des Kurzarbeitergeldes nicht mehr über den 31.12.2021 hinaus verlängert wird.

Unsere Stadt benötigt dringend Arbeitsplätze, gerade für wenig oder gering qualifizierte Arbeitnehmer und diese würden von Amazon geboten werden.

Die Ablehnung in der jetzigen Situation, ohne sorgfältigste Prüfung der mit einer etwaigen Ansiedlung von Amazon einhergehenden ökologischen und ökonomischen Fragen hält unsere Fraktion nicht für verantwortbar.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, jeder gering qualifizierte Arbeitslose, der durch eine Anstellung bei Amazon einen monatlichen Bruttoverdienst in Höhe von ca. € 2.000,00 erzielen könnte, wäre sicherlich dankbar, wenn er der Arbeitslosigkeit entkommen würde und wieder in ein geregeltes Arbeitsverhältnis gelangen könnte.

Es ist stets eine sehr schwierige und sehr verantwortliche Aufgabe von denjenigen, die über gesicherte Arbeitsplätze verfügen, darüber zu entscheiden, ob anderen die in der Arbeitslosigkeit leben die Möglichkeit einen Arbeitsplatz zu erhalten, verwehrt wird.

Ein anderes Thema, Herr Oberbürgermeister, und da bin ich ganz bei Ihnen, ist allerdings die Steuerpolitik von Amazon.

Amazon bezahlt aufgrund seines Firmensitzes in Irland in der Europäischen Union und damit auch in der BRD unangemessen niedrige Steuern.

Dies liegt aber, meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates, schlichtweg daran, dass das EU-Mitglied Irland Amazon dieses Steuerflucht gewährt und dass alle anderen Staaten, insbesondere auch unsere Bundesregierung, nicht in der Lage sind gegenüber dem Steuerparadies Irland eine Steuerpolitik durchzusetzen, die im Einklang mit der Steuerpolitik des Großteiles der übrigen EU-Staaten steht.

Dies ist aber eine Frage, die auf europäischer Ebene unter den Mitgliedstaaten der EU gelöst werden muss, ansonsten der Wettbewerbsvorteil der Online-Anbieter gegenüber dem lokalen traditionellen Handel und Gewerbe weiterhin bestehen bleibt und letzten Endes zu einer Verödung unserer Städte führen wird.

Wenn es uns auf nationaler Ebene nicht einmal gelingt die ausufernden kostenlosen Paketrücksendungen des Online-Handels einzudämmen und die damit oftmals verbundenen sinnlosen Warenvernichtungen zu stoppen, werden wir selbst Mitverantwortung für das Sterben unseres örtlichen Handels tragen.

Derartige Hebel müssen wir einsetzen, um unseren örtlichen Handel und Gewerbe zu unterstützen, die bloße Verweigerungshaltung wird nicht weiterführen.

Aber lassen Sie mich nunmehr zu unseren

kommunalen Problemen

kommen, insbesondere den

Finanzaussichten für 2021 und die kommenden Jahre.

Das Jahr 2020 kann aufgrund des Wechsels zum neuen kommunalen Haushalts- und Rechnungswesen nicht als repräsentativ angesehen werden, da von Ende 2019 noch verfügbare Mittel im Vermögenshaushalt in Höhe von rund 20 Millionen Euro in den Haushaltsplan 2020 übernommen wurden.

Zu Ende 2019 ergab sich eine Verschuldung des Kernhaushaltes in Höhe von rund 80 Millionen Euro, ein Betrag, von dem wir aufgrund der einschneidenden Auswirkungen der Corona-Krise auf lange Zeit werden Abschied nehmen müssen.

Auch die erfreuliche Rücklagenentwicklung zu Ende 2019 in Höhe von ca. 34,6 Millionen Euro kann die negativen Auswirkungen der finanziellen Entwicklung unserer Kommune nur geringe Zeit abfedern. Dies obwohl durch den kommunalen Stabilitäts- und Zukunftspakt der Finanzmittelbedarf um ca. 2,3 Millionen geringer ausfallen könnte als ursprünglich geplant.

Das Jahr 2021 zeigt demgegenüber ein anderes fiskalisches Gesicht.

Im Gesamtergebnishaushalt 2021 ist ein veranschlagtes ordentliches Ergebnis von ca. Minus 12.855.000,00 Millionen Euro ausgewiesen.

Durch das veranschlagte Sonderergebnis von 5 Millionen Euro reduziert sich das veranschlagte Gesamtergebnis auf ca. 7.855.000,00 Euro.

Aufgrund der erfreulichen Einwohnereinwicklung in Schwäbisch Gmünd, die sich nunmehr auf ca. 61.245 Bürgerinnen und Bürger beläuft, erhöhen sich zwar die Finanzaufwendungen vom Land, allerdings führt im Gegenzug der neu eingeführte Grundkopfbetrag B trotz Kompensationszahlung zu Mindereinnahmen im Jahre 2021 in Höhe von ca. 20.000,00 Euro, im Jahr 2022 sogar zu Mindereinnahmen in Höhe von ca. 120.000,00 Euro.

Auch die weiteren Veränderungen bei der Schlüsselzahl und der kommunalen Investitionspauschale führen im Ergebnis zu ca. 6,5 Millionen Euro geringeren Finanzaufwendungen des Landes.

Ebenso verringert sich der Gemeindeanteil unserer Stadt und der Einkommenssteuer um ca. 2,7 Millionen Euro.

Auch die vergleichende Darstellung des Gemeindeanteiles an der Einkommenssteuer unserer Stadt gegenüber unseren Nachbarstädten, Herr Bantel, macht deutlich, dass der Einkommensteueranteil unserer Stadt erhebliche hinter dem der benachbarten Städte mit Ausnahme von Göppingen und Heidenheim an der Brenz zurückfällt.

Gerade weil zu befürchten steht, dass nach Ablauf der Festsetzungsperiode bis 2023 aufgrund des weiter zurückgehenden Gewerbesteueraufkommens und auch des Rückganges der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten sich auch der Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer weiter reduzieren wird, ist es geboten, die Einwohnerzahl unserer Stadt kontinuierlich und nachhaltig zu erhöhen.

Die von Ihnen in Ihrer Haushaltsrede auf Seite 70 dargestellte Grafik, Herr Bantel, zeigt insoweit ein deutliches Bild.

Zusammenfassend ist jedoch insoweit festzustellen, dass die Steigerung der Einwohnerzahlen unserer Stadt der richtige Weg ist zur nachhaltigen Stabilisierung der Erträge unserer Stadt.

Diesen Weg müssen wir gerade auch im Hinblick auf wegbrechende Gewerbesteuereinnahmen konsequent weitergehen, die negative wirtschaftliche Entwicklung unserer Stadt wird auch deutlich durch den Rückgang des Gemeindeanteiles an der Umsatzsteuer, der sich auf ca. ½ Millionen Euro beläuft.

Was die

Gewerbesteuerprognosen

für 2021 und folgende Jahre anbelangt so halten wir den Ansatz für 2021 in Höhe von 23,7 Millionen Euro für sehr optimistisch.

Im Jahre 2020 belief sich das Gewerbesteueraufkommen auf lediglich ca. 19 Millionen Euro.

Die Prognose bezüglich der Steigerung des Bruttoinlandsproduktes im Jahre 2021, die Sie mit 4,2 % angenommen haben, wurde zwischenzeitlich von verschiedenen Instituten auf 3,2 bis 3,5 % reduziert.

Seitens der OECD wird das Wirtschaftswachstum der BRD im Jahre 2021 sogar nur noch mit 2,8 % in Ansatz gebracht.

Wir haben deshalb erhebliche Bedenken, ob das von Ihnen prognostizierte Gewerbesteueraufkommen sich tatsächlich auf 19 Millionen Euro belaufen wird.

Es bleibt also abzuwarten, wie hoch letzten Endes die Gewerbesteuereinnahmen unserer Stadt in 2021 sein werden.

Was die

Aufwandsseite

anbelangt, hat sich der Personalaufwand in erheblichem Maße erhöht, wobei der Stellenzuwachs von 17,6 Stellen größtenteils mit 9,3 Stellen im Bereich Bildung und Betreuung anfällt.

In diesem Bereich können wir keinesfalls Kürzungen vornehmen.

Uns erschließt sich deshalb aus den vorgelegten Daten nicht, das angestrebte Einsparvolumen in Höhe von 0,5 Millionen Euro erreicht werden soll.

Wir gehen davon aus, dass dies noch konkretisiert wird, insbesondere welche Maßnahmen denn diese erstrebten Ansparungen erbringen sollen.

Bezüglich den

Abschreibungen in Höhe von 11 Millionen Euro

ist wohl eher von einer wohlwollenden Einschätzung auszugehen.

In dieser Position können daher noch durchaus Überraschungen für den Haushalt stecken.

Es stellt sich deshalb die Frage, wann die abschließende Bewertung des Anlagevermögens unserer Stadt vorliegen wird.

Trotz zurückgehender Erträge steigt die

Kreisumlage um ca. 1 Millionen Euro an

und wird voraussichtlich im Jahre 2022 um ca. 1,2 Millionen weiter steigen.

Dies, obwohl der Hebesatz der Kreisumlage auf 30,25 reduziert wurde.

Auch die

Finanzausgleichsumlage steigt um ca. 1,1 Millionen Euro an.

Erfreulich ist der Rückgang der Gewerbesteuerumlage um ca. 2 Millionen Euro.

Lassen Sie mich noch einzelne Punkte aufgreifen:

- Technologiepark Aspen:

Unsere Stadt beabsichtigt für diese Zukunftsausrichtung einen Betrag in Höhe von 11,9 Millionen Euro zu investieren.

Sie setzt damit auf die Wasserstofftechnologie, die in geraumer Zeit die batteriebetriebene Elektromobilität ersetzen soll.

Das Zukunftspotential des grünen Wasserstoffes wurde zwischenzeitlich auf politischer Eben erkannt mit der Konsequenz, dass Deutschland eine nationale Wasserstoffstrategie entwickelt hat, mit der der Markthochlauf vom grünen Wasserstoff gezielt unterstützt werden soll.

Auch ist zu hoffen, dass sich der Sitz des international vernetzten und anerkannten Institutes FEM positiv für unsere Chancen, in der Wasserstofftechnologie eine Industrie aufzubauen, auswirken wird.

Dies alles spricht für die Zukunftsfähigkeit des Technologieparks Aspen.

Andererseits dürfen wir nicht verkennen, dass auch zahlreiche andere Kommunen sich um diese Technologieformen bemühen.

Es ist daher fraglich, ob wir die Idee eines wasserstoffbezogenen Industrie-Clusters in Zusammenarbeit mit einer technischen Hochschule realisieren werden können, zumindest werden wir uns auf längere Zeit, bis die Grundstücksinvestitionen zurückfließen, einrichten müssen.

Aufgrund dieser Unwägbarkeiten sowie der Höhe der Investitionen meinen wir, dass die Verwaltung den Gemeinderat sehr engmaschig über die Entwicklung betreffend den Technologiepark Aspen unterrichten sollte.

Sollte sich wider Erwarten die Situation ergeben, dass die mit der Errichtung eines Technologiepark Aspen verbundenen Erwartungen nicht realisiert werden können, so muss zeitnah eine Alternative, also ein „Plan B“, bezüglich der Nutzung dieses Gebietes erstellt werden.

Wir stellen insoweit einen

Antrag.

Lassen Sie mich im Hinblick auf die Redezeitbeschränkung noch folgende Aspekte kurz erwähnen:

Die Entwicklung neuer

Wohnbaugebiete

in unserer Stadt geht mit großen Schritten voran.

So werden in nächster Zeit die Bauarbeiten auf dem Fehrle-Areal beginnen, auch auf dem Brücke-Areal sind die ersten Bauvorbereitungsmaßnahmen abgelaufen, die Bebauung des Römerkastells wird voraussichtlich in absehbarer Zeit erfolgen und durch den zwischenzeitlichen Verkauf des TSB-Geländes erwächst ein großes Entwicklungspotential in der Oststadt.

Gerade wegen dieser zu erwartenden Entwicklung in der Oststadt und dem damit einhergehenden Schwerlastverkehr ist es sinnvoll, die mehrfach und nachhaltig geforderte Sanierung der Buchstraße zurückzustellen.

Dies ist letztlich auch aufgrund der vorstehend dargelegten Kassenlage aus fiskalischen Überlegungen zwingende geboten.

Sobald die Bebauung auf dem TSB-Gelände abgeschlossen sein wird, wird diese Baumaßnahmen zügig angegangen werden.

Solange werden sich bedauerlicherweise die Bürgerinnen und Bürger der Oststadt noch gedulden müssen.

Das

CCS-Centrum; Elektromobilität

Erfreulicherweise konnte noch in wirtschaftlich guten Zeiten die Sanierung des Flachdaches des CCS sowie der Aufbau einer Photovoltaikanlage realisiert werden, so dass das negative Ergebnis nunmehr im Jahre 2021 sich wohl auf ca. 1,9 Millionen Euro begrenzen lässt.

Die Corona-Pandemie hat aufgezeigt, welche Möglichkeiten auch für größere Kongresse im Rahmen von digitalen Übertragungen bestehen.

Dennoch werden auch zukünftig geeignete repräsentative Kongressräume für Präsenzveranstaltungen nachgefragt werden.

Wir müssen deshalb für die Zeit nach Corona mit einem neuen Pächter den Stadtgarten in einer zeitgemäßen Konzeption betreiben, um einen stabilen Gastronomiebetrieb, ferner auch einen erfolgreichen Kongressbetrieb sicherzustellen.

Daher muss der Stadtgarten auf die künftigen Anforderungen optimal ausgerichtet werden.

Dazu gehört auch eine umfassende Versorgung mit Elektroladestationen.

Schwäbisch Gmünd war einmal eine Modellkommune für Elektromobilität.

In diesem Bereich ist es jedoch zwischenzeitlich ziemlich ruhig geworden, obwohl die Zulassungszahlen für Elektrofahrzeuge und Elektrohybridfahrzeuge dank massiver staatlicher Förderung deutlich ansteigen.

Ein auf die Zukunft ausgerichtetes Kongress-Centrum muss daher auch über eine angemessene Zahl an Elektroladestationen verfügen.

Die zwei derzeitig bestehenden Ladestationen mit einer relativ bescheidenen Ladekapazität reichen für eine absehbare künftige Nachfragesituation nicht aus.

Es müssten daher am Stadtgarten mindestens 10 Elektrostationen und zwar mit einer deutlich höheren Ladekapazität, somit 22 Kilowatt aufwärts, installiert werden.

Die Stadt möge diesbezüglich mit den Stadtwerken zeitnah Gespräche aufnehmen, damit derartige Stationen installiert werden.

Dies wäre derzeitig auch noch aufgrund des Corona bedingt fehlenden Kongress- und Gastronomiebetriebes ohne Störung möglich und würde sicherlich ein erhebliches Marketingargument für künftige Veranstaltungen darstellen.

Wir stellen insoweit einen

Antrag.

Schließlich steht zu erwarten, dass der derzeitige Geschäftsführer, Herr Hub, Ende April 2021 in den verdienten Ruhestand gehen wird.

Seitens der Verwaltung liegen uns keine Informationen vor, welche Planungen bezüglich der künftigen Geschäftsführung des Stadtgartens bestehen.

Es ist dringend geboten, dass der Gemeinderat insoweit unterrichtet wird.

Wir stellen insoweit einen

Antrag.

- Schulische Entwicklung:

Wir werden auch dieses Jahr wieder erhebliche Investitionen in unsere Schulen vornehmen müssen, um diese auf einen modernen Standard zu bringen, insbesondere die bestmöglichen Ausbildungschancen für unsere Kinder zu erreichen.

Allein für die Schulen werden wir ca. 5.836.000,00 Euro aufwenden.

Im Gegensatz zu diesen sehr hohen Investitionen beobachten wir seit Jahren, einen Rückgang der Schülerzahlen.

Dies steht im Widerspruch zu den steigenden Einwohnerzahlen.

Lediglich im Bereich der Gymnasiasten haben wir in den Jahre 2019 bis 2021 eine geringere Steigerung von 30 Gymnasiasten in dem vorgenannten Zeitraum.

Bei den Grundschulern dagegen haben wir einen Rückgang von 47 Schülern.

Diese Entwicklung hat auch erhebliche wirtschaftliche Konsequenzen für unsere Stadt.

Wir müssen daher intensiv bemüht sein, den Trend, dass Kinder unserer Stadt zunehmend in privaten Schulen eingeschult werden, durch Überzeugungsarbeit gegenüber den Eltern bezüglich des hohen schulischen Niveaus umgekehrt werden.

Anderenfalls wird die Differenz zwischen den Investitionen für die Schulen und dem Rückgang der Schüler mit den dadurch verbundenen Kosten immer größer.

Wir stellen hierzu einen

Antrag.

- Feuerwehr:

Unsere Fraktion begrüßt es ausdrücklich, dass nunmehr ein Zeitplan für die Verbesserung der Stadtteile in Weiler in den Berge, Herlikofen und Degenfeld erarbeitet wurde.

Bedauerlicherweise haben Sie in Ihrer Rede diesen Zeitplan nicht konkretisiert.

Darüber hinaus warten wir immer noch auf eine konkrete Planung bezüglich unserer Innenstadtwehr.

Auch hier blieben Sie in Ihrer Rede sehr vage.

Wir möchte daher weitergehende Informationen haben, insbesondere wie das von der Verwaltung erarbeitete Konzept bezüglich der Weiterentwicklung des bisherigen Standortes am Sebaldplatz aussieht.

Auch insoweit stellen wir einen

Antrag.

- Verkehrsplanung Infrastruktur:

Der Erschließung immer neuer Wohngebiete, sei es Holder in Großdeinbach oder das Brücke-Areal, schließlich auch die Bebauung des Fehrle-Areals und des Römerkastells, ferner auch den Vogelhof, muss zwingend die Anpassung der hierfür erforderlichen Verkehrsinfrastruktur folgen.

Allein die Bebauung in der Weststadt wird eine erhebliche Zunahme an Fahrzeugverkehr mit sich bringen.

Auch steht zu erwarten, dass zahlreiche Bürger des neuen Baugebietes in Großdeinbach über die Weststadt nach Schwäbisch Gmünd fahren werden.

Um dem dadurch immer wahrscheinlicher werdenden Verkehrsinfarkts in der Eutighofer Straße, Goethestraße und Königsturmstraße zu begegnen, bedarf es einer grundlegenden Neustrukturierung der Verkehrswege sowie Einrichtung von flexiblen Verkehrsführungsmaßnahmen.

Der Gemeinderat hat lange um eine Verkehrsoptimierung im Bereich „Um Stöckle“ gerungen.

Die intensiven Planungen und Überlegungen sind nunmehr aus Sicht unserer Fraktion erfreulicherweise in der Schublade verschwunden.

Dies ändert aber nichts daran, dass die Verkehrsführung in unserer Stadt von West nach Ost und Ost nach West grundsätzlich neu gedacht werden muss.

Zwar hat der Corona bedingte Shutdown zu einer Beruhigung auch der lokalen Mobilität geführt. Sobald jedoch Industrie, Handel und Gewerbe wieder im früheren Umfang Ihre Tätigkeit aufnehmen werden, wird sich die Verkehrsproblematik in gravierenderem Maße als vor Corona zeigen.

Wir stellen hierzu einen

Antrag.

Auch ist uns nicht nachvollziehbar, Herr Bürgermeister Mihm, wie die seit den 60er und 70er Jahren bestehenden Kanalisation den zusätzlichen Anfall an Wasser und Abwasser der sich durch die neuen Bauvorhaben, insbesondere in der Weststadt ergeben wird, bewältigen soll.

Reichen die bestehenden Kanalisationsquerschnitte aus oder müssen wir hier mit erheblichen Investitionen rechnen, um eine sichere Wasserentsorgung, insbesondere auch bei Starkregenfällen zu erreichen?

Wir stellen hierzu einen

Antrag.

Zu einer zukunftsgerechten Verkehrsinfrastruktur gehört auch ein konsequenter Ausbau von ***Radwegen***.

Hier hat sich in unserer Stadt trotz zahlreichen Bekenntnissen der Verwaltung, dass sie die Infrastruktur für Radfahrer verbessern wollen, nicht viel getan.

Die auf der Weißensteiner Straße angebrachten Radfahrerpiktogramme haben mehr eine „*Feigenblattfunktion*“ und können keinesfalls eine konsequente Verkehrsplanung für Radfahrer ersetzen.

Hier erwarten wir von unserer Mobilitätsmanagerin konstruktive Lösungsvorschläge.

Wir stellen einen

Antrag.

Obwohl gerade in der Weststadt mehrere große Bauprojekte realisiert werden, hat die Stadt bezüglich deren Abwasserbeseitigung keine zukunftsfähige klimagerechte Lösungen entwickelt.

Nach wie vor rauscht noch jede Menge Energie durch die Kanalisation in die Kläranlagen.

Die Stadt möge für die Abwassermengen dieser Bauvorhaben – Fehrle-Park, Brücke-Areal, Römerkastell, Holder in Großdeinbach - überprüfen, ob die durch Wärmetauscher aus dem Abwasser gewonnene Energie zu Heizungszwecken genutzt werden kann.

Seitens des Umweltministeriums wurden diesbezüglich mehr als 40 Konzeptionen und Projekte bereits gefördert.

Ferner möge die Verwaltung bei künftigen Bauvorhaben die Frage der Energiegewinnung Abwasser einzelfallbezogen, insbesondere auch unter Klimaschutzaspekten, überprüfen.

Wir stellen insoweit einen

Antrag.

Diese Maßnahmen, dies ist auch bei der Wirtschaftlichkeitsberechnung zu berücksichtigen, sind insbesondere auch unter Klimaschutzaspekten zu würdigen.

- Parkkonzepte:

Die Stadt Schwäbisch Gmünd hat für ihr Parkkonzept, das sie in Zusammenarbeit mit dem Fraunhofer Institut und dem Gmünder Agenda Arbeitskreis Mobilität und Verkehr erarbeitet hat, erhebliche Kosten aufgewandt.

Umso bemerkenswerter ist es, dass es nicht einmal möglich ist, die Nutzungszeiten der Gmünder Volkshochschule an den Markttagen, somit üblicherweise mittwochs und samstags mit den Parkplatznutzern abzustimmen.

Es steht außer Frage, dass die starke Nachfrage der Gmünder Bürger an den Wochenmärkten nach Parkplätzen zu verständlichem Ärger führt, wenn diese den für die Volkshochschule vorgesehenen Parkraum nicht nutzen können, obwohl offenkundig keine Veranstaltungen stattfinden.

Die erforderlichen Belegungszeiten durch die Volkshochschule sollen künftig mit der Stadt abgestimmt werden, damit insoweit eine zufriedenstellende Lösung für die Besucher des Marktes gefunden werden kann.

- *Stadtarchiv:*

Mit Bedauern haben wir zur Kenntnis genommen, dass Herr Stadtarchivar Dr. Schnur wieder in seine Heimat zurückkehren wird und künftig das Landesarchiv des Saarlandes leiten wird.

Er hat das Archiv unserer Stadt, insbesondere im digitalen Bereich, in herausragender Weise entwickelt.

Diese Weiterentwicklung des Stadtarchives darf nicht mit dem Weggang von Herrn Dr. Schnur enden, sondern muss kontinuierlich weiter gehen.

- *Klimaschutz:*

Sie haben, Herr Oberbürgermeister, in Ihrer Rede zum Haushalt 2021 zutreffend darauf hingewiesen, dass Klimaschutz und die davon abgeleiteten und damit in Verbindung stehenden Handlungsziele die großen Herausforderungen des angebrochenen Jahrzehntes sind.

Dem im Jahre 2020 entwickelten Klimaschutzkonzept-Entwurf „Die gut fürs Klima Stadt“ fehlt es noch an einer entsprechenden Haushaltsbudgetierung.

Wir sind der Auffassung, dass die städtischen Immobilien bezüglich ihrer Art der Wärmeerzeugung auf den Prüfstand gestellt werden müssen um festzustellen, welche Heizungsanlagen mit welchen Kostenfolgen baldmöglichst ausgetauscht werden sollen und welche CO²-Ersparnis damit verbunden ist.

Dies insbesondere auch unter dem Aspekt, dass in den kommenden Jahren die Co²-Bepreisung steigen wird und daher eine klimafreundliche Umstellung der jeweiligen Immobilien überprüft werden muss.

Auch die vorstehend angesprochene Energiegewinnung aus Abwasser stellt hier einen kleinen Schritt für Klimaschutz dar.

Wir stellen hierzu einen

Antrag.

- Hallenbad:

Im Haushalt des Jahres 2021 sind für die Sanierung des Hallenbades keine Investitionszuschüsse an die Bäderbetriebe vorgesehen.

Diese werden erst im Jahre 2022 und 2023 mit jeweils ca. 1 Million Euro aufgenommen.

Nachdem aufgrund der finanziellen Situation der Stadt mit dem Neubau eines Hallenbades auf absehbare Zeit nicht zu rechnen ist, muss eine aktuelle Bestandsaufnahme bezüglich des derzeitigen Renovierungsrückstandes sowie der hieraus erfolgenden Kosten erstellt werden.

Ferner muss dargelegt werden, in welcher Höhe die in früheren gebildeten Investitionsrücklagen noch vorhanden sind.

Wurden etwaige insoweit noch verfügbare Mittel aus dem Vermögenshaushalt als Wiederveranschlagung in den Haushaltsplan 2020 übernommen, stehen dann in der Konsequenz nicht mehr zur Verfügung.

Dies möge von der Verwaltung zeitnahe dargestellt werden.

Wir stellen insoweit einen

Antrag.

- Digitale Versorgung der Stadt:

Die digitale Versorgung der Haushalte und Gewerbetreibenden sowie Dienstleister in unserer Stadt ist überwiegend völlig unzureichend.

Es rächt sich nunmehr das Vergabeverfahren der Regierung, die um möglichst hohe Erträge für die Lizenzen zu erhalten, keine hinreichenden Vorgaben für die Versorgung der Bevölkerung, des Handels und Gewerbes sowie der Industrie mit einem schnellen Internet gemacht hat.

Dies führte dazu, dass durch die Netzanbieter größtenteils nur die profitablen Bereiche versorgt wurden, sich im Übrigen aber große Bereiche mit schlechter oder gar keiner Versorgung ergaben.

Erfreulicherweise konnte die Stadt nunmehr eine Förderzusage von ca. 24 Millionen Euro für den Ausbau unserer digitalen Struktur erhalten.

Die Ausbaudauer wird, obwohl ein „backbone“ Netz bereits vorhanden ist, dennoch ca. 8 bis 9 Jahre in Anspruch nehmen.

Es ist dringend geboten, diese Ausbauarbeiten so schnell wie möglich durchzuführen.

Herr Oberbürgermeister, Sie sollten dies im Interesse der Wettbewerbsfähigkeit unserer Stadt zur „Chefsache“ machen.

Auch insoweit stellen wir einen

Antrag.

- Doppelhaushalt:

Von unserer Fraktion, Herr Bantel, wird Ihre Anregung, künftig das Haushaltsaufstellungsverfahren mittelfristig effektiv und effizienter zu gestalten.

Dies ist gerade zwingend notwendig, um die städtischen Personalressourcen zu schonen.

Seitens unserer Fraktion kann mit dem Jahr 2022 auch sogleich das Jahr 2023 mitbewertet werden und anschließend die Entwurfsplanung im Rahmen eines Doppelhaushaltes zur Beschlussfassung vorgelegt werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren Gemeinderäte, ich danke Ihnen herzlich für Ihre Geduld, die ich dieses Jahr doch erheblich in Anspruch genommen habe.

Ihnen, Herr Oberbürgermeister Arnold, danke ich im Namen unserer Fraktion sehr herzlich zum Wohl unserer Kommune und wünsche Ihnen und unserer Stadt, dass Ihre Visionen bezüglich der Weiterentwicklung, insbesondere im industriellen Bereich Realität werden.

Herr Bürgermeister Baron, Sie haben sich in kürzester Zeit in die schwierige Haushaltsmaterie einarbeiten müssen und haben dies in bravuröser Weise geschafft.

Hierfür unser Respekt.

Herr Bürgermeister Mihm, Ihnen werden die Aufgaben in unserer sich weiter entwickelnden Stadt nicht ausgehen.

Wir sind gespannt, welche Entwicklungsvorschläge wir von Ihnen in architektonischer Hinsicht in der Zukunft noch bekommen werden.

Herr Ott, seit ca. 17 Jahren verfolge ich nun Ihre Tätigkeit für unsere Stadt mit anfänglichem Respekt und zunehmender großer Achtung vor der Arbeitsleistung, die Sie für unsere Stadt erbringen.

Hierfür wiederum herzlichen Dank.

Schließlich, Herr Bantel, gilt auch Ihnen unser herzlicher Dank sowie Ihren Mitarbeitern für die Erstellung der Haushaltssatzung 2021.

Der Wechsel von der Kameralistik zu Doppik hat die umfassende Satzung für uns Gemeinderäte zweifellos etwas undurchschaubarer gemacht.

Unabhängig davon ist es Ihnen erneut gelungen, Ihr Zahlenlabyrinth, insbesondere in Ihrer Rede nachvollziehbar und verständlich darzustellen.

Hierfür danken wir ganz herzlich.

Schließlich möchten wir noch allen Mitarbeitern der Verwaltung, die durch so manche Überstunde das ungeheure Arbeitspensum, das die Verwaltung unserer Stadt jedes Jahr mit sich bringt, ganz herzlich danken.

Ausdrücklich erwähnen und auch danken namens meiner Fraktion möchte ich den ehrenamtlichen Mitarbeitern in den Arbeitskreisen, insbesondere dem Arbeitskreis Stadtentwicklung, die durch ihre guten lokalen Kenntnisse vielfach hervorragende Empfehlungen für die Weiterentwicklung unserer Stadt gegenüber der Verwaltung und dem Gemeinderat einbringen.

Schließlich möchte ich auch dieses Mal wieder meine Stellungnahme zu dem Haushalt 2021 mit einem Zitat von dem Philosophen Zhuangzi schließen:

„Über Vergangenes mach Dir keine Sorgen, dem Kommenden wende dich zu“.

In diesem Sinne wünsche ich Verwaltung und dem Gemeinderat im Jahre 2021 ein erfolgreiches konstruktives Zusammenarbeiten.

Anträge zur Stellungnahme der
Fraktion Bürgerliste Schwäbisch Gmünd
zur Haushaltssatzung 2021

I. Nicht haushaltswirksame Anträge:

1. Die Verwaltung möge darlegen, welche Alternativüberlegungen des bezüglich des Technologieparks Aspen gibt, sollte für diesen nicht ein „Ankerinvestor“ gefunden werden?
2. Die Verwaltung möge die leitenden Schulrektor der Grund- und Realschulen zu einem Vortrag über die künftige Entwicklung der staatlichen Schulen einladen.
3. Die Verwaltung möge ihre konkrete Planung bezüglich der baulichen Weiterentwicklung der Innenstadtwehr darlegen, insbesondere unter Angabe bis wann diese Weiterentwicklung abgeschlossen werden soll.
4. Die Verwaltung möge die Grundzüge der Entwicklung einer neuen Verkehrsstruktur unter Berücksichtigung der Baugebiete Holder in Großdeinbach, Brücke-Areal, Fehrle-Areal und Römerkastell in der Weststadt, insbesondere unter Berücksichtigung eines Radwegenetzes vorstellen.
5. Die Verwaltung möge darlegen, inwieweit die Wasser- und Abwasserkanäle im Bereich der Weststadt, insbesondere auch unter Berücksichtigung von Starkregenfällen im Hinblick auf die anstehende Bebauung des Brücke-Areals, des Fehrle-Areals und des Römerkastell-Areals ausreichen unter Angabe wie alt die derzeitige Kanalsituation ist und welche Querschnitte sie aufweist.
6. Die Verwaltung möge darlegen, ob bei den Bauvorhaben Fehrle-Park, Brücke-Areal, Römerkastell und Holder in Großdeinbach unter Berücksichtigung von Wirtschaftlichkeitsaspekten, Klimaschutzaspekten, der Einbau von Wärmetauschern in die Abwasserabführung sinnvoll ist.
7. Die Verwaltung möge darlegen, welcher Reparaturrückstau beim Hallenbad besteht, in welchem Umfang noch Investitionsrücklagen vorhanden sind und bis wann der Reparaturrückstau beseitigt werden kann.
8. Die Verwaltung möge den Gemeinderat unterrichten, welche Pläne sie bezüglich der künftigen Besetzung des Geschäftsführers-/führerin des CCS hat.

II. Haushaltswirksame Anträge:

Im Hinblick auf die finanzielle Situation der Stadt sehen wir von der Stellung von haushaltswirksamen Anträgen ab.